

Israel

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:		
7,3 Millionen	Juden	72,5%	sonstige 1%
	Muslime	19,3%	
	Christen	2,4%	
	Religionslose	4,8%	

**Palästinensische Gebiete**

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:		
4,4 Millionen	Muslime	80,6%	
	Juden	11,8%	
	Christen	1,9%	
	Religionslose	5,7%	

Einige Monate nachdem Papst Benedikt XVI. im Mai 2009 einen Besuch im Heiligen Land abgestattet hatte, meinte der lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Fouad Twal, während einer in London von KIRCHE IN NOT organisierten Tagung, dass diese Pilgerreise nicht zu einer Verringerung der Unterdrückung der Minderheiten geführt habe und dass von der „Diskriminierung, die es immer noch in Israel gibt, sowohl Christen als auch Muslime betroffen sind“. Er fügte hinzu: „Angesichts der Einschränkungen, denen sie hinsichtlich Ihrer Bewegungsfreiheit unterworfen sind, der mangelnden Berücksichtigung ihrer Wohnsituation, der Steuern und der Verletzung der Wohnrechte, wissen die christlichen Palästinenser nicht mehr, wo ihnen der Kopf steht (...). Wir haben eine neue Generation von Christen, die die heiligen Orte ihres Glaubens nicht aufsuchen können, obwohl diese Orte nur wenige Kilometer von ihrem Wohnort entfernt sind“. Bei dieser Gelegenheit äußerte er auch seine Sorge um die Zukunft der Christenheit im Heiligen Land angesichts der Tatsache, dass sich die Anzahl der Christen zunehmend verringere.

Für Pater Rafic Khoury, Priester des lateinischen Patriarchats von Jerusalem, sind die christlichen Bürger Israels außerdem mit einem gravierenden Identitätsproblem konfrontiert. Sie fragen sich nach dem Sinn ihrer Staatsbürgerschaft in einem Staat, der sich ihrer Meinung nach, „immer mehr einer exklusiveren Auswahl nähert, das heißt, ein Staat für die Juden zu sein“. „Aus diesem Grund verhält er [der Staat Israel] sich gegenüber Nichtjuden, als wären sie separate Einheiten ohne eine bestimmte nationale Identität.“

In Israel leiden die Kirchen und die treuen Christen unter wachsenden Schikanen von Seiten der staatlichen Behörden.

Die Regierung erschwert die Ausstellung von Visa für ausländische Priester und Ordensleute. Dieses vom Innenministerium verursachte Problem ist nicht neu, aber es hat sich zugespitzt, seit Eli Yishai, der Vorsitzende der sefardisch-orthodoxen Schas-Partei, diesem Ministerium vorsteht. Seither werden Visa nicht mehr für zwei Jahre, sondern nur noch für ein Jahr ausgestellt. Pater Pierbattista Pizzaballa, Franziskaner und Kustos des Heiligen Landes, stellte die Fakten folgendermaßen dar: „Es ist schwierig, die Situation zu beschreiben, denn gewisse Visa werden erteilt, andere nicht, wieder andere bleiben in der Warteschlange. Es herrscht ein wenig Verwirrung: man weiß nicht, ob dies von der Politik auf der Ministerebene abhängt oder von der Bürokratie einiger Funktionäre. Diese Unklarheit ist vielleicht sogar gewollt.“

Für den Apostolischen Nuntius in Israel, Erzbischof Antonio Franco, wie auch für den Kustos beeinträchtigen diese Einschränkungen den reibungslosen Ablauf der allgemeinen pastoralen Arbeit der Kirche. Pater Pizzaballa erklärte, dass „es für die Kirchen sehr schwierig ist, ihre Arbeit zu planen, wenn sie nicht sicher wissen, ob die Ordensleute und Priester kommen oder nicht.“ Im Falle der Kustodie des Heiligen Landes, also der Ordensorganisation der Franziskaner im Heiligen Land, so fügte er hinzu, „haben wir dieses Jahr Visa für die Ordensleute aus den arabischen Ländern erhalten, nicht aber für jene aus Afrika. Zwei Brüder aus dem Kongo haben kein Visum erhalten. Früher war es genau das Gegenteil. Wir leben also in einer Unsicherheit und die Bürokratie ist komplizierter geworden“.

Der Franziskanerpater David Jaeger, ein Experte für die kirchlich-staatlichen Beziehungen in Israel, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur AsiaNews: „Der Staat Israel mag in gutem Glauben handeln, wenn er Einzelne an der Einreise hindert, die der öffentlichen Sicherheit Schaden zufügen könnten, aber dieses Urteil lässt sich nicht auf die Mitarbeiter der Kirche übertragen, die diese in ihren eigenen Institutionen und für ihre Aktivitäten in Israel einsetzen will, egal woher sie auch kommen.“

Das Visumproblem stellt für die Zukunft der Priester des lateinischen Patriarchats, deren Hoheitsbereich sich auf Israel, die palästinensischen Gebiete,

Jordanien und Zypern erstreckt, ein besonders gravierendes Problem dar. Ihre Studenten müssen in den Seminaren von Beit Jala in der Nähe von Bethlehem ausgebildet werden. Sie sind jedoch der willkürlichen Entscheidungen des israelischen Innenministeriums ausgesetzt, die für alle Angelegenheiten in Verbindung mit dem Aufenthalt von Nichtpalästinensern in den besetzten Gebieten zuständig ist. Die Einschränkungen nehmen immer mehr zu, besonders für die Jordanier, die zwei Drittel der Seminaristen ausmachen. Meistens erhalten sie nur ein Visum für eine einzige Einreise, wohingegen sie früher ein Visum für mehrere Einreisen erhielten. Dadurch war es ihnen möglich, ihre Familien drei- bis viermal im Jahr zu besuchen. Diese Maßnahme wird als umso ungerechter empfunden, als dass Jordanien und Israel 1994 einen Friedensvertrag unterzeichnet haben.

Palästinensische Gebiete

Seit die islamistische Bewegung Hamas im Juni 2007 die Kontrolle über den Gazastreifen gewonnen hat, leben die Christen in diesem Gebiet (ungefähr 2500, davon 200 Katholiken) unter dem Druck der Fundamentalisten, was sich auf ihre Freiheit auswirkt.

Christliche Frauen sind gezwungen ein Kopftuch zu tragen, wenn sie ihr Haus verlassen. Je intensiver die Religion der Muslime im Gazastreifen ausgelebt wird, desto mehr fühlen sich die Christen bedrängt.

Ihre Situation hat sich seit der militärischen Operation „Cast Lead“ der Israelis gegen den Gazastreifen (Dezember 2008 bis Januar 2009) noch verschlimmert. Die Christen werden von den Muslimen manchmal als Symbol des Westens betrachtet und für ihr Schicksal verantwortlich gemacht. Nahezu jeden Tag sind Ihre Häuser und Kirchen Angriffen ausgesetzt. Es gab Bombenangriffe gegen Läden von christlichen Geschäftsleuten. Zudem werden die Christen oft genötigt, mit der Hamas zusammenzuarbeiten, und sie geben dem enormen Druck nach, damit ihre Familien und Kirchen verschont bleiben. Es kommt auch vor, dass die Polizei den Christen den Verkauf von Alkohol verbietet.

2009 wurde die katholische Karfreitags-Kreuzwegandacht in der lateinischen Kirche der Heiligen Familie abgehalten. Früher führte diese Prozession durch

die Straßen des Viertels; heute muss diese Tradition abseits der Öffentlichkeit stattfinden.

Nach der Ermordung von Rami Ayyad im Oktober 2007 (siehe KIN Bericht 2008), der vom orthodoxen Glauben zum Protestantismus konvertiert und Direktor der Gesellschaft der Heiligen Bibel war, ist trotz Versprechen der Hamas kein einziger Schuldiger verhaftet worden.

Am Sonntag, den 23. November 2008, gab es für die Katholiken im Gaza-Streifen keine Heilige Messe. Obwohl alle notwendigen bürokratischen Schritte gegenüber dem israelischen Außenministerium und dem Oberbefehlshaber der israelischen Armee eingehalten worden waren, wurde dem Apostolischen Nunzius und zwei lateinischen Priestern, die aufgrund der vorübergehenden Abwesenheit des Gemeindepastors für die Messe erwartet wurden, der Zugang in dieses Gebiet verweigert.

Für den Nunzius wäre diese Messe am Hochfest Christ-König auch die Gelegenheit gewesen, die Verbundenheit des Heiligen Stuhls mit den Christen im Gaza-Streifen zu unterstreichen. Für das lateinische Patriarchat von Jerusalem stellt das Verhalten Israels in dieser Angelegenheit eine Verletzung der Religionsfreiheit der Gläubigen dar.

Westjordanland

Die Situation der Christen im Westjordanland, das von der Palästinensischen Autonomiebehörde unter dem Präsidenten Mahmoud Abbas regiert wird, ist unverändert. Obwohl sie nicht Opfer offizieller Diskriminierungen sind, leiden sie unter dem Druck der Islamisten, die unter der Bevölkerung immer mehr Gehör gewinnen. Die Muslime breiten sich immer mehr auf Kosten der Christen aus. Nach und nach kaufen sie alle religiösen Souvenirläden im Umkreis der Geburtskirche auf und beherrschen auf diese Weise zunehmend dieses Gebiet. Eine Bewohnerin sagte: „in den Fünfzigerjahren gab es nur eine einzige Moschee in Bethlehem. Heute gibt es etliche mehr, die natürlich absichtlich neben den christlichen Kultstätten gebaut werden.“

Die palästinensischen Christen beklagen sich auch über die Restriktionen, die ihnen von Israel auferlegt werden, um nach Jerusalem einreisen zu können.

Diese Frage wurde von Msgr. Twal mehrmals angesprochen. „Es ist schmerzhaft mit anzusehen, wie die örtlichen Gemeindemitglieder und die Christen vor Ort nicht einmal die heilige Stadt aufsuchen können.“

Für einen Ortspfarrer von Bethlehem ist es nicht möglich, mit seinen Gläubigen zu den Heiligen Orten hinzupilgern. Die gleiche Situation trifft auf Ramallah, auf Jordanien und auf andere Gemeinden zu; ihre Reisefreiheit ist wegen der zahlreichen Kontrollen und der Mauer, die sie abriegelt, stark eingeschränkt.“ Während der Osterfeiertage 2010 schränkten die israelischen Behörden die Anzahl der Genehmigungen für die Einreise nach Jerusalem von Christen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen ein. Pater Raed Abousahilia, katholischer Pfarrer von Taibeh (Westjordanland) bestätigte, dass er für seine Gemeindemitglieder nur 200 Genehmigungen erhalten hatte, das sind dreimal weniger als die Jahre zuvor. Für den griechisch-orthodoxen Bischof in Ramallah, Msgr. Atallah Hanna, zeigt die israelische Haltung die klare Absicht, „die Religionsfreiheit verletzen zu wollen“. Für ihn „muss Jerusalem eine Stadt bleiben, die für alle Christen offen ist.“ Nach Ansicht von Youssef Daher, Mitglied des ökumenischen Kirchenrates, „stellen die Israelis die seit 900 Jahren gültige Tradition der religiösen Freiheit in Frage und machen den Status Quo von 1852 lächerlich, der die Beziehungen zwischen den Orthodoxen, den Römisch-Katholiken und den Armeniern in der Grabeskirche regelt.“

„Ein Augenblick der Wahrheit“

In einem unter der Federführung des ökumenischen Kirchenrates erarbeiteten und am 11. Dezember 2009 veröffentlichten Dokument mit dem Titel „Ein Augenblick der Wahrheit“ (Kairos Palestine) haben sich 16 verschiedene palästinensische Theologen, unter ihnen der emeritierte lateinische Patriarch Msgr. Michel Sabbah, an die verantwortlichen palästinensischen und israelischen Politiker, die internationale Gemeinschaft und alle Christen in der Welt gewandt, um auf die Dringlichkeit eines gerechten Friedens hinzuweisen.

In diesem Dokument treten sie für die Religionsfreiheit aller Menschen ein. „Der religiöse Charakter eines Staates, sei er jüdisch oder muslimisch, erstickt den Staat, hält ihn in engen Grenzen gefangen, macht aus ihm einen

Staat, der den einen vor dem anderen bevorzugt und praktiziert Ausgrenzung und Diskriminierung unter seinen Bürgern. Wir richten folgenden Aufruf an die gläubigen Juden und Muslime: Der Staat soll für alle seine Bürger da sein, er soll auf der Achtung der Religionen sowie der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und dem Respekt vor dem Pluralismus gründen und nicht auf der Beherrschung durch eine Religion oder eine zahlenmäßige Überlegenheit.“

Sonderbischofssynode für den Nahen Osten

Die Sorge der Bischöfe um den anhaltenden Exodus der Christen aus den Ländern des Nahen Ostens war auch bestimmendes Thema der „Sonderversammlung der Bischofssynode für den Nahen Osten“ im Oktober 2010, bei der sich erstmals in der Geschichte zahlreiche hochrangige Vertreter aller katholischen orientalischen Kirchen in Rom versammelten. Die Synodenväter waren sich einig, dass die Einheit der verschiedenen Kirchen gestärkt werden müsse. Um die politische Lage zu stabilisieren und „gerechten und endgültigen Frieden“ herbeizuführen, sei eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern herbeizuführen, der Auswirkungen auf die gesamte Region habe. In der Abschlussbotschaft befürworteten die Synodenväter die Zweistaatenlösung und die Einrichtung eines „unabhängigen und autonomen“ palästinensischen Staates. Für den Staat Israel müsse dabei „innerhalb der international anerkannten Grenzen“ Frieden und Sicherheit gewährleistet werden.

Die Christen müssten sich gemeinsam mit den Juden und den Muslimen der Region für einen „ehrlichen, gerechten und endgültigen Frieden“ einsetzen. Der Dialog mit den Juden und den Muslimen sei fortzusetzen.

„Gewalt und Terrorismus jeder Herkunft“ und „jeglicher religiöser Extremismus“ werden verurteilt, ebenso Rassismus, Antisemitismus, Antichristianismus und Islamophobie. Alle Religionsgemeinschaften seien dazu aufgerufen, im gemeinsamen Dialog der Kulturen zu einer friedlichen Entwicklung der Region beizutragen.

Quellen

Christian Solidarity International
International Christian Concern
L'Homme nouveau
La Croix
Zenit